Union stellt Debatte über Rechtschreibung zurück

oll. FRANKFURT, 10. November. Die unionsregierten Länder haben die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu gebracht, ihren Antrag auf eine neue Debatte über die Rechtschreibreform im Parlament zurückzustellen. Das hat die Fraktionsvorsitzende Merkel kurz vor der Fraktionssitzung mitgeteilt. Nachdem der Kulturausschuß sich einstimmig für eine Befassung des Bundestags mit der wachsenden Verwirrung der Rechtschreibung ausgesprochen hatte, hatte die Fraktion auf Initiative des Abgeordneten Gauweiler (CSU) gefordert, die Verunsicherung bei der Rechtschreibung zu beenden und die Einheitlichkeit wiederherzustellen. Neun Jahre nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz werde in Deutschland eine Rechtschreibung gelehrt, die außerhalb der Schulen kaum jemand vollständig benutze. Nach der Rückkehr mehrerer deutscher Verlagshäuser zur bisherigen Schreibung sei diese Kluft noch erheblich gewachsen. Bei einer neuerlichen Befassung des Bundestags könne es nicht um die Klärung von Zuständigkeiten gehen, sondern darum, ob überhaupt staatliche Stellen gesetzgeberisch in eine gewachsene und sich selbständig entwickelnde Sprache eingreifen sollten, heißt es in der Begründung. Als Vertreter des Kulturföderalismus bekräftigte Gauweiler gegenüber dieser Zeitung seine Kritik am Anspruch der Länder, die Rechtschreibung selbständig zu regeln. Inzwischen sagte Frau Merkel zu, mit den Ministerpräsidenten der Union abermals zu reden.

Frankfurter Allgemeine, 11.11.2004
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation